



Interpellation der SP-Fraktion, Erstunterzeichnerin Anna Rüefli

### **Welche Lehren wurden aus dem umstrittenen Polizeieinsatz gezogen?**

Der Tagespresse war zu entnehmen, dass die Stadtpolizei Solothurn am 11. September 2015 vierzehn randständige Menschen, die sich auf dem Amthausplatz aufhielten, mit Handschellen und Kabelbindern gefesselt abführte und zur Leibesvisitation auf den Polizeiposten brachte. In einer ersten Version sprach die Polizei davon, dass am konkreten Tag keine Hinweise auf Drogendelikte oder Störungen vorgelegen hätten, dass aber wiederholt Klagen über Randständige eingegangen seien, die sie zu dieser Kontrolle veranlasst hätten (SZ vom 12. September 2015). In einer zweiten Version hiess es vonseiten der Polizei sodann, dass konkrete Hinweise auf Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz vorgelegen hätten (SZ vom 15. September 2015). Das gewählte Vorgehen der Stadtpolizei wurde von einem (von der Solothurner Zeitung angefragten) emeritierten Basler Strafrechtsprofessor als unverhältnismässig eingestuft und wirft Fragen zum Umgang der Polizei mit Randständigen auf.

Vor diesem Hintergrund bitten wir das Stadtpräsidium um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Was war der effektive Auslöser für den Polizeieinsatz auf dem Amthausplatz?
2. Wie reagiert die Stadtpolizei Solothurn auf Klagen von Personen, die sich an Randständigen «stören», ohne dass ein dringender Tatverdacht auf strafrechtlich relevantes Verhalten vorliegt?
3. Welche Lehren hat die Stadtpolizei Solothurn aus dem umstrittenen Polizeieinsatz gezogen?
4. Werden umstrittene Einsätze der Stadtpolizei polizeiintern systematisch aufgearbeitet?
  - a. Wenn ja, wie?
  - b. Wenn nein, warum nicht?
5. Wie häufig werden Schulungen zur Verhältnismässigkeit der Polizeiarbeit durchgeführt bzw. wie häufig nehmen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei an solchen Schulungen teil?
6. Verfügt die Stadtpolizei Solothurn über genügend finanzielle Mittel, um solche Schulungen durchzuführen bzw. um die Teilnahme an solchen Schulungen zu ermöglichen?

Solothurn, 27. Oktober 2015